

Der



informiert

## Jahresrückblick 2019

Hinsichtlich der Pläne von Firma Steil, den alten Schredder zu ersetzen, vorzugsweise unter einer Ausweitung der Betriebszeiten, gab es in diesem Jahr keine Bewegung. Wegen zwei Bränden im August haben wir Anfragen an die Berufsfeuerwehr der Stadt Trier gestellt. Umfänglich beantwortet sind sie noch nicht.

Auch bezüglich des Kita-Neubaus gibt es keine Neuigkeiten. Es scheint, als habe man sich im Ort daran gewöhnt, dass ein Provisorium zur Dauereinrichtung wird. Und die Verlängerung der Mietverträge für die Container ist für die Stadt offensichtlich kein Problem.

Die Übergabe des Eu-Rec-Geländes an Remondis ist geräuschlos über die Bühne gegangen. Am 20.07.2019 konnten sich Bürger an einem Tag der offenen Tür auf dem Gelände über die aktuellen Abläufe informieren.

Seit dem Mai hat dann ein Thema unsere Arbeit dominiert. Es begann, noch völlig harmonisch, am 28.11.2018, als der Ortsbeirat Pfalzel über die Vorlage zur Kostenfortschreibung für das Projekt Eiltzstraße abstimmen sollte. Die Stadt hatte die Absicht, die Kostensteigerungen seit dem Baubeschluss 2011 in Höhe von 992.000 anteilig auch den Anlieger aufzubürden. Damals war aus Pfalzeler Sicht die Welt noch in Ordnung. Der Ortsbeirat war **einstimmig** der Meinung, dass die Anlieger nicht für die Fehler der Stadt Trier in die Verantwortung genommen werden dürften und teilte dies der Stadt Trier mit.

In der entscheidenden Sitzung des Stadtrates am 18.12.2018 haben die Pfalzeler Vertreter der Vorlage nicht zugestimmt und sich enthalten. Eine breite Mehrheit im Rat hat sich schon damals auf Ludwigs Seite geschlagen und sich offenbar von seiner Täuschung, die entstandenen Mehrkosten seien überwiegend durch eine Beschränkung des Bahnübergangs bedingt und würden die Anlieger nicht belasten, blenden lassen.

Diese Irreführung des Stadtrates war der Beginn unglaublicher Täuschungsmanöver und Märchenstunden, die man sich durch Vertreter der öffentlichen Hand kaum vorzustellen vermag. Wir haben auf dieser Internetseite alles minutiös dokumentiert. Widersprochen wurde uns nie. Wie wir heute wissen, hat das die meisten Entscheider im Stadtrat nicht beeindruckt. Obwohl wir noch unmittelbar vor der Abstimmung den Ältestenrat angeschrieben und auf diese Sachverhalte hingewiesen haben.

Sechs der Ortsbeiratsmitglieder in Pfalzel sind bis zuletzt bei ihrer ursprünglichen Überzeugung geblieben, dass man Bürger nicht für die Versäumnisse der Verwaltung verantwortlich machen kann. Sie haben sich durch die Täuschungsmanöver des Baudezernates nicht blenden lassen, sondern teilen unsere Sicht der Dinge, die im Übrigen auch durch den Bund der Steuerzahler bestätigt ist. Und in der entscheidenden Abstimmung am 12.12.2019 hatten sie eine Mehrheit gegenüber den fünf Befürwortern einer Umstellung auf wiederkehrende Beiträge.

Dass ausgerechnet diese "Aufrechten" sich durch den Berichterstatter des Trierischen Volksfreunds belehren lassen müssen, aus demokratischen Erwägungen heraus hätten sie sich besser enthalten sollen, schlägt schon dem Fass den Boden aus.

Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass diese Idee einer Umstellung nicht, wie gerne betont, seit langem vorbereitet worden wäre, um in Pfalzel und später, wie oft suggeriert, auch in anderen Stadtteilen mehr Gerechtigkeit walten zu lassen. Dieser Versuch wurde ausschließlich aus dem Hut gezaubert, den Herrn Baudezernenten davor zu schützen, endlich Farbe zu bekennen und seine unstrittig vorhandenen Ermessensspielräume zu Gunsten der betroffenen Anlieger auszuschöpfen.

Und man darf auch daran erinnern, dass in Pfalzel alle Kriterien vorliegen, bei denen Herr Dr. Thielmann, der Gutachter für das Baudezernat, ausdrücklich davor gewarnt hat, eine solche Umstellung der Abrechnungssysteme in Betracht zu ziehen. Vor allem solle nie ein einzelnes Projekt, schon gar nicht ein bereits begonnenes der Anlass dazu sein. Und die Öffentlichkeit müsse frühzeitig eingebunden werden. Eine breite Zustimmung müsse vorhanden sein. Also nicht nur in einem Rat, sondern in erster Linie bei allen Betroffenen. Wir alle kennen die Realität.

Nun ist es erst einmal so, wie es ist. Der Stadtrat hat sich listig aus seiner Zusage herausgewunden und gegen das Pfalzeler Votum entschieden. Am 23.12.2019 hat die Stadt Trier die Satzung amtlich bekannt gemacht. Binnen eines Jahres können Bürger eine mögliche Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften geltend machen. Darüber hinaus kann natürlich jeder Empfänger eines Zahlungsbescheides gegen diesen rechtlich vorgehen. Dabei sollten unsere Ausführungen eine brauchbare Argumentationshilfe sein.

**Wir wünschen allen Mitgliedern und ihren Familien, Freunden,  
Pfalzeler Bürgern und Gesprächspartnern alles Gute im neuen Jahr.**

---